

Betreuungsverein sieht eigene Existenz in Gefahr

HILFELEISTUNG Niedrige Gebührensätze und fehlende Finanzierung – Grotelüschen sagt Unterstützung zu

WILDESHAUSEN/LD – 2500 Menschen: So viele sind es, die im Landkreis um Hilfe ersuchen, um ihre Leben meistern zu können. Sie sind zum Beispiel im Alter an Demenz erkrankt oder können nach einem Schlaganfall nicht mehr alles selbst regeln. Aber auch viele Jugendliche benötigen Hilfe, wenn sie sich etwa verschuldet haben. Betreuungsvereine leisten in diesen Fällen wichtigen Beistand, von der Betreuung bis zur Vormundschaft. Doch die Zukunft bereitet den Mitgliedern derzeit Sorgen.

Darüber informierte sich nun die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen (CDU) im Gespräch mit Vertretern des Betreuungsvereins Oldenburg-Land in Wildes-

hausen. „Betreuungsvereine leisten sehr wertvolle Arbeit“, betonte sie dabei.

Geschäftsführer Egbert Ahlrichs, Frank Eden vom Diakonischen Werk Delmenhorst/Oldenburg-Land und Vorstandsvorsitzender des Betreuungsvereins sowie die Vorstandsmitglieder Arnold von der Pütten vom Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt und Hans-Michael Ketelhut als ehrenamtlicher Betreuer machten bei diesem Treffen insbesondere auf ihre Sorgen aufmerksam. Zwar steige der Bedarf an Unterstützung für hilfesuchende Menschen quantitativ und auch qualitativ an. Aber die Existenz des Betreuungsvereins sei trotzdem in Gefahr.

Die Vereinsvertreter ver-



Zu Gast beim Betreuungsverein: Astrid Grotelüschen (Mitte) im Gespräch mit (von links) Hans-Michael Ketelhut, Egbert Ahlrichs, Frank Eden und Arnold von der Pütten. BILD: PRIVAT

wiesen auf mehrere Ursachen: So werde der zeitliche Betreuungsbedarf im Einzelfall in der Vergütungsstruktur nicht bedacht. Zudem fänden weder Tarifierhöhungen noch steigende Sachkosten der ver-

gangenen zehn Jahre Berücksichtigung. „Eine Anhebung der Gebührensätze der Berufsbetreuer steht schon viel zu lange im Raum“, erklärten die Vorstandsmitglieder.

Außerdem verwiesen sie

darauf, dass die bei der gesetzlichen Einführung des Betreuungswesens vorgesehene sogenannte Drittfinanzierung durch Land, Landkreis beziehungsweise Kommune sowie Verein heute nicht mehr gegeben sei. „Der Landkreis Oldenburg bringt sich schon überproportional ein“, berichtete auch Astrid Grotelüschen in ihrer Funktion als Kreistagsabgeordnete.

„Wir brauchen eine schnelle Korrektur, damit die gesetzliche Beratung und auch das tolle ehrenamtliche Engagement erhalten bleiben“, forderte sie. Sie versprach, beim Bund für andere Rahmenbedingungen zu werben, damit dann auch vom Land Niedersachsen mehr Geld bereitgestellt werde.